

Pressedienst Nr. 16415  
Donnerstag, 17. November 2022

Nationalrat stimmt Budget 2023 für die Landwirtschaft zu . . . . .	1
Inflation setzte im Oktober Kurs nach oben fort . . . . .	2
Ukraine: Schwarzmeer-Getreide-Initiative gilt für weitere 120 Tage . . . . .	4
NEIN zu Gewalt gegen Frauen . . . . .	4
AMA: Direktzahlungen werden am 21. Dezember überwiesen . . . . .	6
Wassergütebericht attestierte heimischen Gewässern gute Qualität . . . . .	6
Strasser: Budget 2023 ist solide Basis für Versorgungssicherheit . . . . .	7

## Nationalrat stimmt Budget 2023 für die Landwirtschaft zu

### Versorgungssicherheit im Zentrum

Wien, 17. November 2022 (aiz.info). - Der Nationalrat hat heute, Donnerstag, das Budget 2023 für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Regionen sowie Wasserwirtschaft genehmigt. Insgesamt sind Auszahlungen von 2,9 Mrd. Euro vorgesehen. "Mit diesen Mitteln können wir aktuelle Herausforderungen berücksichtigen und Schwerpunkte zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen setzen: Lebensmittelproduktion, Bereitstellung erneuerbarer Ressourcen, Schutz der Wälder, Trink- und Abwasserinfrastruktur, Schutz vor Naturgefahren, saubere Gewässer bis hin zur Stärkung von vitalen Regionen", betonte Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 82,9 Mio. Euro oder 2,7%. Dies sei auf die im Jahr 2022 vorgenommenen Änderungen von Ministeriumszuständigkeiten zurückzuführen, heißt es in der Parlamentskorrespondenz. So werden etwa die Angelegenheiten des Tourismus, der Telekommunikation, des Breitbandausbaus sowie des Bergbaus und des Zivildienstes 2023 in anderen Budgetkapiteln veranschlagt. Laut der Analyse des Budgetdienstes des Parlaments ergibt sich nach einer Bereinigung dieser Bereiche für das Jahr 2023 letztlich eine Steigerung der Auszahlungen um 64,6 Mio. Euro bzw. 2,2%.

Einen Großteil des heimischen Landwirtschaftsbudgets nimmt die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein. Insgesamt stehen rund 65% der für 2023 veranschlagten Mittel in Zusammenhang mit den EU-Förderprogrammen, die zu über 80% aus EU-Mitteln finanziert werden. Zudem werden die Mittel für den europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE im kommenden Jahr um 74,8 Mio. Euro auf rund 266 Mio. Euro aufgestockt. Zuwächse gegenüber 2022 gibt es auch für die Co-Finanzierung der ländlichen Entwicklung (+25 Mio. Euro), internationale Lebensmittelhilfen (+20 Mio. Euro), den Schutzwasserbau (+14 Mio. Euro) sowie die Zentralstelle und das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen (gemeinsam +22,1 Mio. Euro). Für den Waldfonds zur Entwicklung klimafitter Wälder sind 23 Mio. Euro und für die Siedlungswasserwirtschaft 180 Mio. Euro budgetiert.

"Insgesamt stehen 1,6 Mrd. Euro an EU- und Bundesmitteln bereit, um den ländlichen Raum zu unterstützen und Leistungen unserer bäuerlichen Familienbetriebe abzugelten", so Totschnig. Für den Bereich Wasserressourcenmanagement stehen 403 Mio. Euro zur Verfügung. Darin enthalten ist der Schutzwasserbau mit 110 Mio. Euro. "Bis 2026 werden insgesamt 60 Mio. Euro zusätzlich für Hochwasserschutzmaßnahmen bereitgestellt. Damit können wir 400 Maßnahmen beschleunigt umsetzen und so 12.000 Menschen oder 2.400 Gebäude noch besser vor Hochwasser schützen. Jeder Euro, den wir in den Hochwasserschutz investieren, ist eine Investition in mehr Sicherheit", verdeutlichte Totschnig.

Für die Wildbach- und Lawinenverbauung sind laut Ministerium 2023 rund 141 Mio. Euro, davon 90 Mio. Euro aus Katastrophenfondsmitteln, veranschlagt. Im Jahr 2023 stehen außerdem für den Erosionsschutz im Objektschutzwald zusätzliche 5,5 Mio. Euro zur Verfügung. Dabei geht es um Maßnahmen für die Stabilisierung des Waldbodens im steilen Gelände. "Die Regionen sind das Herzstück unseres Landes. Umso wichtiger ist es, dass wir für regionalpolitische Maßnahmen eine Erhöhung um 75 Mio. auf insgesamt rund 266 Mio. Euro erreichen konnten", verwies Totschnig auf bewährte Initiativen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

## Investitionen in die Zukunft der Landwirtschaft

"Angesichts einer Weltbevölkerung von 8 Mrd. Menschen ist die Bereitstellung von Ernährung und Energie eine wesentliche Aufgabe der Landwirte", hob **Johannes Schmuckenschlager** die Bedeutung für die Versorgungssicherheit in der gestern vorangegangenen Budgetdebatte hervor. Die Landwirtschaft sei mit massiven Herausforderungen, unter anderem aufgrund des Klimawandels, des Klima- und Umweltschutzes aber auch wegen der Digitalisierung und Automatisierung, konfrontiert. "Die Bundesregierung unterstützt die Landwirtschaft mit den Budgetmitteln bei dieser Transformation und diesem Wandel", so Schmuckenschlager.

"Das Budget gibt Zukunftsperspektiven für die Menschen im ländlichen Raum", betonten die Nationalräte **Josef Hechenberger** und **Andreas Kühberger**. "Die Ausgleichszahlungen ermöglichen den Betrieben trotz ihrer Kleinstrukturiertheit die Wettbewerbsfähigkeit, und diese für die Zukunft abzusichern", meinten **Irene Neumann-Hartberger** und **Klaus Lindinger**. "Investitionen in die Landwirtschaft sind Investitionen in die Zukunft", begrüßte **Carina Reiter** insbesondere Maßnahmen für Junglandwirte.

Nationalrat Johann Weber strich die steigenden Schüler-Zahlen im landwirtschaftlichen Ausbildungsbereich und dessen moderne, offene und zukunftsorientierte Bildungsarbeit heraus.  
(Schluss)

## Inflation setzte im Oktober Kurs nach oben fort

### Teuerung auf 11,0% gestiegen

Wien, 17. November 2022 (aiz.info). - Die Inflationsrate für Oktober 2022 lag laut Statistik Austria bei 11,0% (September 2022: 10,6% revidiert). Gegenüber dem Vormonat September 2022 stieg das durchschnittliche Preisniveau um 1,0%. "Bei den beiden wichtigsten Preistreibern, der Haushaltsenergie gefolgt von den Treibstoffpreisen, hat der Aufwärtstrend ein vorläufiges Ende erreicht. Dafür erfasst die Teuerungswelle immer mehr Ausgabenbereiche: Bei Bekleidung, die in den letzten Monaten kaum Teuerungen aufwies, gab es im Oktober einen markanten Preissprung. Zudem dreht sich die Preispirale bei Möbeln immer schneller, bei Nahrungsmitteln und in der Gastronomie hingegen etwas weniger dynamisch", so Statistik Austria-Generaldirektor **Tobias Thomas**. Ohne Ausgaben für Haushaltsenergie und Treibstoffe hätte die Inflation 7,3% betragen.

Die Preise für Wohnung, Wasser, Energie stiegen durchschnittlich um 19,2%, etwas weniger kräftiger als im September (+19,8). Damit zeigte sich dieser Ausgabenbereich erneut als bedeutendster Treiber der Inflation im Jahresvergleich. Nach wie vor trugen die Preise für Haushaltsenergie dazu bei (Oktober: +58,8%; September: +64,4%). Während die Gaspreise laut Statistik Austria nur wenig weiter anstiegen (Oktober: +116,9%; September: +112,9%), verteuerten sich feste Brennstoffe markanter (Oktober: +111,8%; September: +97,9%). Die Preise für Heizöl erhöhten sich weniger stark (Oktober: +94,5%; September: +105,3%). Auch die Strompreise verteuerten sich deutlich weniger dynamisch (Oktober: +24,6%; September: +36,7%), da sie merklich vom niederösterreichischen Strompreisrabatt beeinflusst wurden, so Statistik Austria. Die Fernwärmepreise hingegen verharren auf hohem Niveau bei +61,2%. Auch bei der Instandhaltung von Wohnungen blieben die Preise fast unverändert. (Oktober: +15,7%; September: +15,6%). Erneut waren Materialkosten ausschlaggebend (Oktober: +18,7%; September: +17,9%).

Für Verkehr fielen laut Statistik Austria die durchschnittlichen Teuerungen mit +16,6% etwas weniger stark aus als im September (+17,5%). Ausschlaggebend dafür war die Entwicklung der Treibstoffpreise (Oktober: +39,5%; September: +43,0%). Gebrauchte Kraftwagen kosteten um 24,1% mehr, neue um 9,7%. Für Flugtickets zahlte man um 32,5% mehr. Reparaturen privater Verkehrsmittel verteuerten sich um 5,6%.

Aufschläge auch bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken

Statistik Austria zufolge verteuerten sich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um durchschnittlich 14,4%, das ist etwas mehr als im September (+13,9%). Nahezu allein dafür verantwortlich waren teurere Nahrungsmittel (+14,5%; September: +13,5%), so Statistik Austria. Insbesondere bei Gemüse nahm der Preisdruck zu (Oktober: +14,8%; September: +11,0%). Auch Brot und Getreideerzeugnisse kosteten deutlich mehr (Oktober: +14,4%; September: +13,3%). Die Preise für Fleisch stiegen um 15,6% und jene für Milch, Käse und Eier um 19,0%. Für Öle und Fette zahlte man um 29,8% mehr (darunter Butter +40,2%). Obst verteuerte sich um 6,4%. Die Preise für alkoholfreie Getränke zeigten um 13,8% nach oben, wozu vor allem Kaffee (+17,6%) beitrug.

In Restaurants und Hotels wurden die Preise um 11,0% angehoben, etwas mehr als im September (+10,6%). Als hauptverantwortlich dafür erwiesen sich Teuerungen für Bewirtungsdienstleistungen (Oktober: +10,7%; September: +10,2%). Beherbergungsdienstleistungen kosteten um 13,5% mehr.

Für Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses musste durchschnittlich um 11,8% mehr bezahlt werden (+0,78%). Vor allem Einrichtungsgegenstände und Bodenbeläge trugen dazu bei (Oktober: +15,7%; September: +9,8%), so Statistik Austria.

Bekleidung und Schuhe verteuerten sich um durchschnittlich 3,8%, nachdem deren Preise im September noch um 0,7% zurückgegangen waren.

Wocheneinkauf deutlich teurer

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen oder den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf widerspiegelt, stieg im Jahresabstand um 12,2% (September: +11,5%). Das Preisniveau des Miniwarenkorbs, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Jahresvergleich um 15,5% (September: +16,1%).

Die harmonisierte, auf europäischer Ebene vergleichbare Inflationsrate betrug im Oktober in Österreich 1,5%. Zum Vergleich: In den Ländern des Euroraumes stieg dieser Wert auf 10,6%, im Schnitt der gesamten EU kletterte er auf 11,5%. (Schluss)

## **Ukraine: Schwarzmeer-Getreide-Initiative gilt für weitere 120 Tage**

Entscheidung für Verlängerung des Getreide-Exportabkommens gefallen

Kiew/Moskau/Ankara, 17. November 2022 (aiz.info). - Das Getreideabkommen mit Russland und der Ukraine zum sicheren Export ukrainischen Getreides ist verlängert worden. "Die Schwarzmeer-Getreide-Initiative wird um 120 Tage verlängert", twitterte Kiews Infrastrukturminister **Oleksandr Kubrakow** am Donnerstag laut APA. Russland bestätigt die Verlängerung des Getreide-Abkommens. Änderungen an der bisherigen Vereinbarung gebe es nicht, teilt das russische Außenministerium mit.

Russland gehe davon aus, dass seine Bedenken in dem nun folgenden Zeitraum berücksichtigt würden. Jedweder Versuch, den Korridor im Schwarzen Meer für militärische Zwecke zu nutzen, werde entschieden unterdrückt. Die Vereinten Nationen und das Welternährungsprogramm (WFP) begrüßten die Verlängerung, seitens des türkischen Präsidenten **Recep Tayyip Erdogan** kam ebenfalls eine Bestätigung und Dank an die beteiligten Parteien.

Der Export von mehr als 11 Mio. t Getreide in den letzten vier Monaten habe die Bedeutung des Abkommens für die weltweite Ernährungssicherheit gezeigt, teilte Erdogan auf Twitter mit. Das von den Vereinten Nationen und der Türkei vermittelte und im Juli geschlossene Abkommen war zunächst auf vier Monate begrenzt und wäre am 19. November ausgelaufen.

Die Fortsetzung der Abkommen sei nötig, um die Preise für Nahrungsmittel und Düngemittel zu senken und eine weltweite Nahrungsmittelkrise zu verhindern, unterstrich auch UNO-Generalsekretär **António Guterres**. "Ich begrüße die Vereinbarung aller Seiten, das Getreideabkommen fortzusetzen", so Guterres. Es werde alles zur Unterstützung des Koordinationszentrums getan, das sich in der Türkei befindet und den reibungslosen Transport gewährleisten soll. "Die Vereinten Nationen setzen auch alles daran, die verbliebenen Hürden für den Export von Nahrungs- und Düngemitteln aus Russland zu entfernen", teilte Guterres weiter mit. (Schluss)

## **NEIN zu Gewalt gegen Frauen**

ARGE Bäuerinnen und LK Österreich brechen mit dem Tabuthema

Wien, 17. November 2022 (aiz.info). - Es passiert tagtäglich, dass in Österreich Frauen körperlicher und/oder sexueller Gewalt in der Familie oder Partnerschaft ausgesetzt sind. In Österreich erfährt jede 5. Frau ab ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt, 38% erleben psychische Übergriffe durch (Ex-)Partner (FRA-Studie. Gewalt gegen Frauen. Eine EU-weite Erhebung. 2014) - quer durch alle Bevölkerungs- und Bildungsschichten und Altersklassen. Studien zeigen, dass während der Corona-Pandemie die Gewalt im familiären Umfeld sogar noch zugenommen hat. Es ist ein strukturelles Problem, sagen die Expert:innen, vor allem ist es aber ein Tabuthema, das die Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen nun offen anspricht.

"Es sind keine Einzelschicksale, es kann jede von uns treffen. Wir dürfen nicht länger schweigen und wegschauen. Betroffene Frauen brauchen unsere Unterstützung, um ihre Angst zu überwinden und Hilfe anzunehmen", plädiert Bundesbäuerin

**Irene Neumann-Hartberger** für einen offenen Umgang mit dem Thema geschlechtsspezifische Gewalt.

#### Gewalt hat viele Gesichter

Bereits Verbalattacken, Isolation, Demütigungen oder psychische Erniedrigung sind Zeichen für eine toxische Beziehung zwischen Opfer und Täter. Sie hinterlassen keine für die Umwelt sichtbaren Male, für die Betroffenen können sie aber schwere mentale Folgen haben. Viele Frauen geben sich zu Unrecht eine Mitschuld an ihrer Situation, empfinden Scham und Hoffnungslosigkeit, haben Angst oder wagen aus wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Täter nicht, sich jemandem anzuvertrauen. "Um diesen Kreislauf von Angst, Abhängigkeit und Hoffnung auf Besserung zu durchbrechen, brauchen die betroffenen Frauen viel Mut und Kraft. Wir wollen ihnen Mut machen, sich jemandem anzuvertrauen und Hilfe zuzulassen. Es gibt Menschen, die ihnen helfen können und auch die Rechtslage sehr gut kennen", so Neumann-Hartberger.

#### Angebote zur Gewaltprävention für Männer

"Außerdem ist uns wichtig, auch jene Männer aufzurufen, sich Hilfe zu holen, die merken sollten, dass sie ihre Emotionen nicht im Griff haben. Nicht nur für die betroffenen Frauen, sondern auch für die Männer gibt es entsprechende Beratungsangebote. Stark ist nicht, wer andere erniedrigt oder gar zuschlägt, sondern wer rechtzeitig erkennt, dass er Hilfe braucht, und sich seinen Problemen auch stellt", betont der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, **Josef Moosbrugger**. "Bitte keinesfalls warten, bis sich die Gewaltspirale immer schneller dreht, sondern so früh wie möglich beraten lassen. Es gibt Fachleute, die nicht werten oder mit dem Finger zeigen, sondern die Aufgabe haben, Männern Wege zur Problemlösung und Gewaltprävention aufzuzeigen."

#### Nicht Augen verschließen, sondern helfen

"In unserer Gesellschaft braucht es mehr Feingefühl für diese Problematik und somit auch bei jenen, die selbst nicht unmittelbar betroffen sind. Informiert euch, wie eure Freundinnen, Nachbarinnen bzw. betroffenen Familien helfen könnt, sprecht eure Beobachtungen behutsam an, schreitet ein und seid couragierte", fordert Neumann-Hartberger und Moosbrugger Außenstehende auf, nicht weiter die Augen zu verschließen und ein Zeichen zu setzen, damit mehr Frauen und Kinder, die sich in einem gewalttätigen Umfeld befinden, die Hilfe bekommen, die sie benötigen.

#### Für Frauen:

##### Im akuten Fall: Polizei-Notruf 133

Frauenhelpline gegen Gewalt: 0800 222 555 - Beratung rund um die Uhr, anonym und kostenlos

Frauenservice: 0800 20 20 11 - kostenlos und unbürokratisch

MO - DO: 10 bis 14 Uhr, FR: 10 bis 12 Uhr, E-Mail: [frauenservice@bka.gv.at](mailto:frauenservice@bka.gv.at)

Autonome Österreichische Frauenhäuser: [www.aoef.at/index.php/frauenhaeuser](http://www.aoef.at/index.php/frauenhaeuser)

Online Frauenberatung: [www.frauenberatenfrauen.at](http://www.frauenberatenfrauen.at)

Bäuerliches Sorgentelefon: 0810/676 810; Montag bis Freitag von 8:30 Uhr bis 12:30 Uhr - ausgenommen an gesetzlichen Feiertagen

#### Für Männer:

[\(Schluss\)](https://www.oesterreich.gv.at/themen/gesundheit_und_notfaelle/gewalt_in_der_familie/4/1.html)

## **AMA: Direktzahlungen werden am 21. Dezember überwiesen**

Auch Großteil anderer Abgeltungen kommt im Dezember 2022

Wien, 17. November 2022 (aiz.info). - Wie die Agrarmarkt Austria (AMA) informiert, erfolgt die Auszahlung der Direktzahlungen am 21. Dezember 2022. Gleichzeitig findet zu diesem Datum auch die Hauptauszahlung von 75% für Maßnahmen des österreichischen Umweltprogramms (ÖPUL) sowie für die Zahlungen für benachteiligte Gebiete (Ausgleichszulage) statt. Die restlichen Mittel für diese Maßnahmen werden voraussichtlich im April 2023 überwiesen.

**Günter Griesmayr**, Vorstandsvorsitzender der AMA, betont: "Zusätzlich zu den Ausgleichszahlungen kommt im Krisenjahr 2022 in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft der sogenannte Teuerungsausgleich als Versorgungssicherungsbeitrag unbürokratisch und ohne eigene Antragsstellung ebenfalls noch heuer zur Anweisung."

Alle weiteren geplanten Auszahlungstermine sind unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Auszahlungstermine](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Auszahlungstermine) abrufbar. (Schluss)

## **Wassergütebericht attestiert heimischen Gewässern gute Qualität**

Grundwasser, Flüsse und Seen werden regelmäßig untersucht

Wien, 17. November 2022 (aiz.info). - Die heimischen Gewässer sind in einem guten Zustand, wie der jüngste Wassergüte-Jahresbericht 2018 bis 2022 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) zeigt. "Der Wassergütebericht stellt Österreich einmal mehr ein gutes Zeugnis aus. Die Einhaltung der vorgegebenen Qualitätsziele für Grundwasser, Flüsse und Seen wurden wieder mehrheitlich bestätigt. Grundlage dafür ist unser bewährtes Messprogramm, das auch die Basis für den langfristigen Gewässerschutz ist", erklärte Bundesminister **Norbert Totschnig**. Der Bericht enthält detaillierte Ergebnisse über Österreichs Gewässer als Ökosysteme und das Grundwasser für die Jahre 2018 bis 2020. "Unser Grundwasser ist die Quelle für die Trinkwasserversorgung in Österreich und das wichtigste Lebensmittel. 100% unseres Trinkwassers stammen aus Grund- und Quellwasser", hält Totschnig fest.

Österreichs Grundwasserqualität wieder bestätigt

Die Grundwasserqualität ist laut BML österreichweit gut. Der Anteil der durch Pestizide gefährdeten Messstellen betrage weniger als 2%. Bei Nitrat seien 9% Überschreitungen von Schwellenwerten gemessen geworden. "Um die geringen Belastungen weiter zu reduzieren, ist ein sorgsamer Umgang wichtig. Maßnahmen zur Reduktion wurden etwa über das 'Nitrat-Aktionsprogramm' eingeleitet", so

Totschnig. Für die Erhebungen werden bis zu viermal pro Jahr Proben aus dem flächendeckenden Messnetz genommen und untersucht. Nach dem Routineprogramm wurden diese an 1.961 Grundwassermessstellen durchgeführt, dabei wurden 130 Parameter erhoben, berichtet das Ministerium.

#### Oberflächengewässer in gutem Zustand

Bei den Oberflächengewässern wurden laut dem Bericht an über 80% der Messstellen die Richtwerte bezüglich der allgemein physikalisch-chemischen Parameter eingehalten. Insgesamt sei an 100 Stellen im "Überblicksmessnetz", welches den Gewässerzustand für alle wichtigen Flüsse und Seen im Bundesgebiet abbilde, erhoben worden. An den Überblicksmessstellen der Fließgewässer wurden in den Jahren 2019 und 2020 Analysen zu allgemein physikalisch-chemischen Parametern und ausgewählten Schadstoffen durchgeführt. Im Beobachtungsjahr 2019 wurden zusätzlich die biologischen Qualitätselemente Fische, Makrozoobenthos, Phytobenthos und Makrophyten untersucht. Stofflich seien dabei etwas über 75% der Stellen in einem guten oder sehr guten Zustand. Auch die biologische Bewertung der 28 untersuchten Seen zum Nährstoffniveau habe überwiegend positive Ergebnisse gebracht.

Das BML betreibt das umfangreiche Überwachungsprogramm in enger Zusammenarbeit mit den Ämtern der Landesregierungen und dem Umweltbundesamt, wird betont. Die flächendeckenden Beobachtungen von Grundwasser, Flüssen und Seen seien eine wichtige Grundlage für die Planung zum Schutz des Wassers in Österreich und auch integraler Bestandteil der Nationalen Gewässerbewirtschaftungspläne. Die Messergebnisse fließen somit in die Evaluierung und Verbesserung von Maßnahmen ein. Jährlich werden dazu zahlreiche Daten erhoben und ausgewertet. Diese und ergänzendes Kartenmaterial stehen dem Fachkreis und auch der Öffentlichkeit online über das Wasserinformationssystem Austria (WISA) zur Verfügung. Der aktuelle Jahresbericht kann auf [aiz.info](http://aiz.info) heruntergeladen werden. (Schluss)

## Strasser: Budget 2023 ist solide Basis für Versorgungssicherheit

#### Landwirte bei den aktuellen Herausforderungen und Krisen unterstützen

Wien, 17. November 2022 ([aiz.info](http://aiz.info)). - Das Budget für den heimischen Landwirtschaftssektor im Jahr 2023 wertet **Georg Strasser**, Nationalrat und Präsident des Österreichischen Bauernbundes, als "solide und nachhaltige Unterstützung, um die Versorgungssicherheit in Österreich weiterhin garantieren zu können". "Die vielen Krisen stellen unsere Bäuerinnen und Bauern vor noch nie dagewesenen Herausforderungen, während gleichzeitig die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft steigen. Unsere Aufgabe ist es, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit unsere Bauernfamilien diesen Druck nicht alleine schultern müssen", erklärt Strasser in einer Aussendung.

Das Budget 2023 forcere eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft. "Insgesamt werden für Ökoregelungen 98 Mio. Euro budgetiert. Zusätzlich zu den für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) vorgesehenen Mitteln werden auch noch 20 Mio. Euro für biologische Landwirtschaft und 5 Mio. Euro in Form einer Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete bereitgestellt", erläutert Strasser. Damit könne der Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutz fortgesetzt und noch weiter ausgebaut werden.

Das Agrarumweltprogramm ÖPUL stehe dabei im Fokus. "Etwa 80% der heimischen Betriebe bewirtschaften ihre Höfe nach Umweltstandards, die über die gesetzlichen Standards hinausgehen. Diese Mehrleistung muss auch fair abgegolten werden", fordert Strasser.

Der Waldfonds ist im Budget 2023 mit 22,5 Mio. Euro budgetiert. Dieser stelle artenreiche und klimafitte Wälder sicher und stärke die Verwendung des Rohstoffes Holz. "Die Gelder wurden mit Weitblick und Hausverstand getroffen und sollen unsere Bäuerinnen und Bauern unterstützen, weiterhin nachhaltig Land- und Forstwirtschaft betreiben zu können", unterstreicht Strasser. (Schluss)